



„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein.“ – Karl Marx

Neue Regierung, aber dieselbe soziale Kälte

Die neue Regierung ist angetreten. Und sie macht gleich klar, wofür sie steht.

Banker, rechte Polterer, Hartz IV-Liebhaber...

Der Finanzminister hat sich als Staatssekretär einen Mann an die Seite geholt, der seit Jahren eine Spitzenfunktion bei der mächtigen Großbank Goldman Sachs hat. Kukies soll sich um Finanzmarktregulierung kümmern. Ein Investmentbanker haut den Banken auf die Finger? Seine Mission ist sicher eine andere.

An der Spitze des Innenministeriums, jetzt auch Heimatministerium, steht die CSU-Größe Seehofer. Bekannt ist er für seine widerlichen Attacks gegen Migrant*innen und Flüchtlinge. Kaum im neuen Amt, hetzt er rum, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Dabei fantasiert er gern von den christlichen Werten der deutschen Nation, Doch für einfache Arbeiter*innen und Geflüchtete gibt es keine Nächstenliebe. Während Seehofer den menschenfeindlichen Polterer abgibt, hat der Bundestag kürzlich geräuschlos mit seiner Mehrheit den Geflüchteten faktisch jede Chance genommen, ihre Familien nachzuholen. Väter, Ehefrauen und Kinder sitzen weiter in den Kriegsgebieten und Elendslagern fest. Die AfD wird von dieser Politik profitieren.

Der neue Gesundheitsminister Spahn (CDU) verachtet arme Menschen und das Gesundheitssystem. Mit seiner Behauptung, Hartz IV bedeute nicht Armut, hat er sich im Ranking der arrogantesten Minister nach vorne katapultiert. Außerdem verkündete er, dass man als Krankensicherter nicht dauernd zum Arzt gehen müsse. Und wenn es darum geht, Frauen das Recht auf Abtreibung zu erschweren, ist er vorne dabei. Als jahrelanger Pharmalobbyist kennt er allerdings die Wünsche der Industrie gut. Wenn Spahn sich ans Gesundheitssystem macht, sollten wir mit Schlimmem rechnen.

Spahn blieb mit seiner Attacke auf Hartz IV-Beziehende nicht allein. Der Steuerzahlerbund rechnete vor, Hartz IV bringe oft mehr als ein regulärer Job. Die Rechnung stimmte zwar nicht, aber gleichzeitig ist es wahr, dass für Millionen Menschen das Leben trotz Arbeit große finanzielle Not bedeutet. Oft geht es ihnen nicht viel besser als Hartz IV-Beziehenden. Doch bei der Debatte um Hartz IV geht es nicht darum, die viel zu niedrigen Löhne zu erhöhen und Ent-

lassungen zu verbieten. Es geht darum, die Geringverdienenden gegen die Hartz IV-Beziehenden aufzuhetzen, auf das am Ende die Unternehmen mit Niedriglöhnen und der Staat mit Leistungskürzungen durchkommen und alle Arbeitenden und Erwerbslosen zu den Verlierern gehören.

Die SPD, die mit in der Regierung sitzt, flüstert Kritik an den verbalen Ausfällen von Spahn und Seehofer. Aber was bedeutet schon deren Kritik? Die SPD ist schließlich Geburtshelferin all der Sozialkürzungen und Gesundheitsreformen seit den 2000er Jahren.

... ganz solidarisch mit den Unternehmen

Wenn jetzt der Berliner Bürgermeister Müller (SPD) mit ein paar SPD-Größen öffentlich über ein „solidarisches Grundeinkommen“ nachsinnt und Hartz IV abschaffen möchte, dann muss man genau hinschauen. Ist es eines der vielen Projekte, die die Arbeitslosenstatistik aufhübschen und Erwerbslose in Billigjobs drängen sollen? Gerade einmal 150.000 Jobs sind im Gespräch. Ist es noch dazu ein Schritt mehr, Niedriglohnjobs auszuweiten? Denn die Jobs, von denen Müller schwafelt, sollen gerade mal mit Mindestlohn vergütet werden. Beruhigen soll uns, dass das Jobs bei den Kommunen sein sollen. Aber Hunderttausende Stellen wurden bei den Hausmeistern, der Jugendhilfe usw. in den letzten Jahren gestrichen. Die sollen jetzt mit Menschen zu Mindestlohn wieder besetzt werden. Damit würde eine neue Kategorie an Arbeitenden im Öffentlichen Dienst mit Entgelt weit unter Tarifvertrag geschaffen. Die Wirtschaftsexperten, die das bereits kalkuliert haben, haben dafür die vielen Arbeitenden im Auge, die in nächster Zeit in der Industrie unter dem Vorwand der Digitalisierung entlassen werden sollen. Die Unternehmen steigern ihre Gewinne durch Entlassungen und der Staat schafft prekäre Jobs – das ist die Fortsetzung der unsozialen Politik von CDU und SPD der letzten Jahrzehnte.

Vor uns steht eine Regierung im Dienste der Unternehmen, bereit gegen alle Arbeitenden und Erwerbslosen vorzugehen. Dafür rüstet sie gleichzeitig gegen die migrantischen Kolleg*innen und Geflüchteten auf. Beides gehört zusammen. Ziehen wir uns warm an und haken wir uns unter. Von dieser Regierung haben wir nichts Gutes zu erwarten.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Heißes Talent

Es gab nicht nur einen Hinweis von nicht gerade überempfindlichen Tfs, dass an einem Talent (442er) von Regio etwas nicht stimmt. Doch die Ignoriertaste wurde in der Chefetage immer wieder gedrückt. So ein Ausfall kostet schließlich viel Geld und die Tfs haben ja bloß keinen Bock, denken die. Aber irgendwann ging es doch nicht mehr: Ein Teamleiter rückte kürzlich aus, um die Kiste zu überführen. Auf halber Strecke qualmte es und führte zum Feuerwehreinsatz mit Streckensperrung... Bravo, da wurde aber wieder an der richtigen Stelle gespart!

Fieberwelle

Erst sind es die Radsatzwellen, nun die Grippewelle, die dem Global Player DB zu schaffen macht. Der Konzern hat alle Bahnmitarbeiter aus der Verwaltung mit Eisenbahnerlizenz aufgefordert, sich zur Arbeit in der Produktion zu melden. Wir fragen uns, wie das gehen soll? Kommen die dann am Wochenende arbeiten? In der Woche können sie doch nicht! Es blieben höchst wichtige Sachen in den Plüschetagen liegen! Telefone würden einsam vor sich hin bimmeln... oder sollten diese Tätigkeiten etwa entbehrlich sein? Und die anderen Kollegen in der Verwaltung, die selbst vor Stress nicht mehr wissen, wo hinten und vorne ist, werden sich freuen, auch noch zusätzlich fahren zu müssen. Die von Fieber geschüttelte DB-Pressestelle ist offensichtlich verwirrt.

Fast schon Hartz IV-Niveau

Mehdorn hatte für seinen Abgang 6 Mio. abkassiert. Grube wurde mit läppischen 2,251 Mio. abgespeist. Rüdi scheint nicht so viel Mist hinbekommen zu haben, wie sein Vorgänger und muss nun verzichten. Ein bisschen Anstrengung gehört dazu, auch als Manager, und nicht immer nur die soziale Hängematte strapazieren.

Lokleitung Frankfurt/Main



Verdammt, und Grube musste auch gehen....

Die Rechnung kann nicht stimmen

Im letzten Heulbrief der S-Bahn-Geschäftsführung wird behauptet, ein Tf-Mangel sei nicht erkennbar. Im Vergleich zu 2015 seien es heute sogar 115 Tf mehr. Glaube keiner Statistik... Wie waren denn die Zahlen 1994? Oder 2005? Pfiff nicht schon 2008 alles auf dem letzten Loch und Dank S-Bahn-Krise fiel das nicht so auf?

Wie „realistisch“ können die „Planwerte“ sein, wenn permanent die oberste Direktive lautet, mit Minimalpersonal und -kosten maximalen Gewinn rauszuholen?

Angriff ist die beste Verteidigung?

Laut S-Bahn-Geschäftsführung läuft eigentlich alles wie geschmiert.... Wenn da nicht die Betriebsvereinbarung Arbeitszeit und der Tarifvertrag mit neuen Regeln zu Planung der Schichten und zu Vorzugsmeldestellen wären.

Frech. Wir können uns schon noch daran erinnern, dass uns die Bettel-SMS seit Jaaahren verfolgen und wir heftig beknet wurden, Überstunden abzukaufen. Die Ausbildung neuer Tf läuft seit Jahren schleppend, Ausbildungslokkführer und -klassen beschwerten sich reihenweise. Die Höllenschichten sind kaum auszuhalten, Kollegen gehen auf Teilzeit und verzichten sogar auf Geld. Soviel zum Thema Geben-und-Nehmen. Nein, Kollegen fehlen schon seit vielen Jahren! Das hat nix mit TV und BV zu tun.

Die S-Bahn macht Druck auf uns und malt den Teufel an die Wand, weil sie uns dazu bringen will, auf das bisschen Planbarkeit zu verzichten.

Wir haben nichts zu geben. Wir haben stattdessen sogar noch viele Forderungen offen, vor allem zur Entlastung innerhalb der Schichten!

Geflächte Fahrdienstleiter

Auch FDL sind scheinbar schwer zu finden. Um neuen Kollegen den Job schmackhaft zu machen, sollen die Unteren der ESTWs wieder besetzt werden, um so einen wohnortnahen Einsatz zu ermöglichen. Nur ein Trick? Denn es fehlen auch FDL auf dezentralen Stellwerken. Also sollen die nicht vorhandenen FDL von A nach B verschoben werden? Erst wenn es wirkliche Einstellungen gibt, kann man solchen Vorstößen glauben.

Frankreich:

Der Erfolg vom 22. März war nur ein Anfang!

Seit seiner Wahl attackiert Merkels guter Freund, der französische Präsident Macron, die Angestellten, die Erwerbslosen, die künftigen Studierenden... ein Angriff nach dem anderen richtet sich gegen die Arbeitenden. Jetzt hat er die Eisenbahner im Visier. Die SNCF soll umstrukturiert, die Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert werden. Doch letzten Donnerstag waren 350.000 bis 500.000 auf der Straße und Tausende haben gestreikt. Und die Bahner waren nicht alleine. Überall ist die Wut groß. „Tous ensemble!“ - alle gemeinsam – haben Tausende Bahner letzten Donnerstag gerufen, um die anderen Bereiche mitzureißen und gemeinsam die Angriffe zurück zu schlagen.

Undemokratisches Blockflöten

Der GDL-Vorstand verdammt alle Mitglieder, die auf freien Listen zur BR-Wahl kandidieren. Nur wenn offiziell GDL drauf steht, wäre auch nur GDL drin. Aber Postenhascher gibt's auch auf GDL-Listen.

Gibt es keine anderen Probleme, als solche undemokratischen Beschlüsse zu kreieren? Die Kollegen, die wissen wo der Hase im Pfeffer sitzt, nämlich beim DB-Konzern, sollten unsere Stimme kriegen. Egal ob sie nun der „Nationalen Front“ der GDL angehören oder nicht. Und was soll die Aufregung? Egal unter welcher Flagge der BR segelt, auch der beste Betriebsrat der Welt wird nichts erreichen, wenn wir als Belegschaft nicht selbst aktiv werden.